

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: 146. Tagesblatt: Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Verzugszinsen in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Meyer)

Schriftleiter: J. W. Meyer in Pulsnitz

Nummer 234

Donnerstag, den 6. Oktober 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Die Kabinettsberatungen über Wirtschaftfragen sind unterbrochen worden.
Der Abtransport der Besatzungstruppen aus dem Rheinland wird neuer-
dings wieder verzögert.
Die mexikanische Regierung hat die Aufrechterhaltung der von den Regierungs-
truppen gefangen genommenen wurden, erschließen lassen.
Die 1280 bei Bissabon notgelandet.
Die „Pravda“ schreibt offiziell zum 80. Geburtstag Hindenburgs:
Sowjetrußland kann keine Glückwünsche nach Berlin richten. Der
deutsche Reichspräsident wird aber noch den Tag erleben, da ein
zweiter Weltkrieg Europa durchzieht. Von der Klugheit Deutschlands
wird es abhängen, ob es nicht zum Kriegsschauplatz zwischen den
Sowjets und Westeuropa wird.
Der „Courant“ meldet aus Paris: Die Beunruhigung der letzten
Monate in der Pariser Garnison kommt in allen bürgerlichen
Zeitung zum Ausdruck. Der Hauptherd der Unruhen war das
Artillerieregiment. Die Kaserne ist noch abgesperrt. Die „Huma-
nité“ verrät jedoch, daß sich innerhalb des Regiments ein Soldaten-
rat auf bolschewistischer Grundlage gebildet hat.
„Daily Mail“ meldet aus Melbourne: Die australische Arbeiterpartei
hat 19 Arbeiter ausgeschlossen, weil sie Beziehungen mit Moskau auf-
genommen hatten.
Nach einer Meldung aus Moskau kündigt die „Pravda“ offiziell den
Ausschluß Trozki aus dem Exekutivkomitee der kommunistischen
Internationalen an.
Der ungarische Innenminister Scitowski schlug eine gemeinsame inter-
nationale Konferenz gegen den Bolschewismus vor.
Denine hat heute mit einem Flugzeug der Transasienlinie Dnieprow
verlassen, um sich nach Wien zu begeben. Der Pilot Hincheloff
begibt sich nach Berlin, wo die beiden Dzeanflieger wieder zusam-
mentreffen werden, um gemeinsam die Reise nach Amerika anzutreten.
Die „Miz Columbia“ wird mit einem Dzeandampfer nach Newyork
besördert.
In Stipan in Mazedonien ist der serbische General Rodovic von bul-
garischen Komitatssoldaten auf der Straße durch drei Revolverkugeln
ermordet worden. Die Täter sind entkommen.
Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist der dortige Militärkommissar
Sergiejew von unbekannten Tätern ermordet worden. Im Zusam-
menhang damit hat die G. P. U. zahlreiche Verhaftungen vorge-
nommen.
Im Riesengebirge sind in den letzten 24 Stunden bei etwa 2 Grad
Kälte mehrfach leichte Schneefälle niedergegangen. Die Schneedecke
reicht bis etwa 1000 Meter hoch und ist etwa 2 cm hoch. Weitere
Schneefälle werden erwartet.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Doktor Faust.) Es sei an dieser
Stelle von unterrichteter Seite nochmals auf das Puppenpiel
am Freitag im Schützenhaus hingewiesen. Es wird dem Publi-
kum etwas ganz Eigenartiges geboten werden. Wir haben
es hier nicht mehr mit der Suchtastenbühne sondern mit einer
freien Raumbühne zu tun. Es fehlt das Gehäuse. Eine um-
fangreiche, elektrische Anlage sorgt für reiche Lichteffekte. Die
Puppen sind kunstgewerbliche Arbeit und bleiben selbst auf
größere Entfernung gut sichtbar. Von den beiden Puppen-
spielern wird der eine die ernstesten Puppen führen, der andere
hat mit seinem goldigen Humor bisher stets alle Herzen ge-
wonnen. Daher lasse niemand diese seltene Gelegenheit un-
benutzt vorübergehen. In diesem Zusammenhang seien noch-
mals die Mitglieder des Kaufmännischen Vereins und der
Ortsgruppe Pulsnitz im Deutschen Seeverein hiermit beson-
ders auf die Veranstaltung hingewiesen und um ihr zahl-
reiches Erscheinen gebeten.

Pulsnitz. (Sammlung.) Wir werden vom hie-
sigen Pfarrer darauf hingewiesen, daß die in Pulsnitz eben
beginnende Sammlung für ein Schwesternheim in Ramenz
vom katholischen Kirchenvorstand Ramenz aus geht.
Die Evangelischen haben keinen Anlaß, diese Samm-
lung zu unterstützen.

Pulsnitz. (Westlausischer Stenographen-
bund.) Die rege Beteiligung und Aussprache zur letzten
Vertreterversammlung in Bischofswerda hat zur Genüge gezeigt,
wie notwendig es war, die Vertreterschaft von der eigent-
lichen Verbandsversammlung zu trennen. Jetzt erst erlangte
die Vertreterversammlung als oberste Instanz des Unterverbandes
die rechte Beachtung. Das zeigte schon der zahlreiche Be-
such, nur 3 von 15 Vereinen des Verbandes waren nicht
vertreten. Der Vertreterversammlung ging eine Unterrichtsleiter-
versammlung voraus, geleitet von Herrn Verbands-Unterrichtswart
Bartel, Bausen, in der Herr Lehrer Wagner, Schirgiswalde,
einen äußerst interessanten Vortrag über die „praktische Aus-
gestaltung des Anfänger- und Fortbildungsunterrichtes“, auf-
gebaut auf dem Prinzip des Arbeitsunterrichtes, hielt. Zu

Ein Milliardenprojekt für Auslandsanleihen

Darunter 618 Millionen Mark für Länder und Städte

Standgericht gegen die mexikanischen Revolutionäre — Kirche und Arbeiterschaft — Graf Westarp über das Ergebnis
von Genf — Der deutsche Industrie- und Handelstag zur Lage der deutschen Wirtschaft

Die anlässlich der geplanten Auflegung der bereits vor
mehreren Wochen abgeschlossenen Preußen-Anleihe in Er-
scheinung getretenen Widerstände haben, trotzdem eine
Stellungnahme der maßgebenden Stellen zu der Frage der
Inanspruchnahme von Auslandskapitalien seitens der deut-
schen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bisher in unzwei-
deutiger Weise nicht erfolgt ist, doch eine gewisse Unsicherheit
und wohl auch Beunruhigung in die in großer Zahl schweben-
den Verhandlungen über neue deutsche Auslandsanleihen
hineingetragen.

Unter diesen Umständen erscheint eine möglichst be-
schleunigte Klärung der anlässlich der Emission der preußi-
schen Auslandsanleihe aufgetauchten Schwierigkeiten im Hin-
blick auf die in großer Zahl geplanten neuen Emissionen
dringend erforderlich. Belastet sich doch die

Gesamtsumme der geplanten Auslandsanleihen auf mindestens eine Milliarde Mark!

Folgende Tabelle, in der die bereits abgeschlossenen, jedoch
noch nicht aufgelegten, sowie die noch im Verhandlungs-
stadium befindlichen neuen Auslandsanleihen zusam-
gestellt sind, gibt eine Vorstellung von der geplanten Be-
anspruchung der ausländischen Kapitalmärkte.

Preussische Centralboden	15 Mill. M.
Landesbankzentrale	10 „ Doll.
Nentenbank-Kreditanstalt	30 „ „
Berlin (Wohnungsbau)	30 „ „
Girozentrale	10 „ „
Gemeinschaftsgruppe	15 Mill. M.
Schlesische Landbank	22,7 „ „
Deutsche Wohnstätten-Hypotheken-Bank	10 „ „
Preussische Landbespanndirektbank	12 „ „
Württembergische Wohnungskredit	15 „ „

Die geplanten Auslandsanleihen stellen zusammen
etwa einen Betrag von etwas über einer Milliarde Mark
dar. Davon entfallen nicht weniger als 618 Millionen
Reichsmark auf geplante Auslandsanleihen
der Länder und Städte, deren Schicksal nunmehr bis
zu einem gewissen Grade von der erwarteten Entscheidung
über die Auflegung der Preußen-Anleihe abhängt.

Standgericht gegen die mexikanischen Revolutionäre.

⚡ New York. Wie amtlich aus Mexiko City bestätigt
wird, sind bei der Niederwerfung der mexikanischen Revolte
der angebliche Urheber der Unruhen, General Serrano,
sowie dreizehn seiner Anhänger standrechtlich erschossen wor-
den. Weiter wird offiziell bestätigt, daß der Aufstand des
16. Bataillons in Torreon unterdrückt worden sei. Der Ba-
taillonskommandeur und sämtliche Offiziere sind
ebenfalls hingerichtet worden. Sämtliche Erschießungen
sind von einem früheren Anhänger Serranos, dem General
Dominguez, befohlen worden. Sämtliche Leichen sollen öffent-
lich zur Schau gestellt werden. Das gesamte Vermögen der
Rebellen wird konfisziert, um die Kosten für die Unter-
drückung des Aufsturus zu decken.

Während nach offiziellen Meldungen aus Mexiko City
die revolutionäre Bewegung in allen Teilen des Landes von
den Regierungstruppen unterdrückt werden konnte, sind nach
anderen Meldungen gegenwärtig

noch Kämpfe zwischen Aufrehrten und Bundesstruppen
im Gange.

Der zweite Führer der Aufrehrbewegung, General Gomez,
soll sich im Staate Vera Cruz aufhalten, von wo aus die
Gegenbewegung geleitet wird. Gerüchtweise verlautet, daß
Gomez in Vera Cruz noch völlig Herr der Lage ist. Da über-
all eine strenge Zensur herrscht, sind die von verschiedenen
Seiten eintreffenden Meldungen nur schwer kontrollierbar.

In Mexiko City halten die Verhaftungen verdächtiger
Personen weiter an. Unter den Verhafteten befinden sich
auch zahlreiche Mitglieder der besten Gesellschaft, darunter
mehrere Damen. Die mexikanische Bauernpartei stellt sich
in einer Proklamation hinter die Regierung und bietet Calles
Geldmittel zur Unterdrückung der Revolten an.

Kirche und Arbeiterschaft.

Eine Rede des Reichsverkehrsministers Koch.

⚡ Düsseldorf. Im Rahmen des 25. Kirchlich-So-
zialen Kongresses fand in Düsseldorf eine

außerordentlich stark besuchte öffentliche Kundgebung statt.
Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Rede des
Reichsverkehrsministers Dr. Koch über das Thema: „Kirche
und Arbeiterschaft“.

Die deutsche evangelische Kirche besitze, so führte der Mi-
nister aus, noch nicht die Volkstümlichkeit, die für sie not-
wendig sei, um ihre Aufgabe voll erfüllen zu können. Die
Kirche müsse den Weg zur Arbeiterschaft finden und um-
gekehrt die Arbeiterschaft zur Kirche. Der deutsche evange-
lische Arbeiter müsse sich freimachen von alten Schlagworten,
die zu keiner Zeit eine Berechtigung gehabt hätten. Die
Kirche werde sich jetzt mehr als früher der sozialen Lage des
Arbeiters annehmen. Für die Kirche komme es jetzt darauf
an, daß sie eine Massenbewegung wird.
Die Arbeitsauschüsse erörterten vornehmlich

Die Frage des Urlaubs der Jugend.

Pfarrer Hammer Schmidt betonte in seinem ein-
leitenden Vortrage, daß die Frage des Urlaubs der Jugend
eins der wichtigsten und brennendsten Probleme der ganzen
Jugendpflege, dabei aber noch äußerst uneinheitlich geregelt
sei. Anerkannt müsse werden, daß im allgemeinen die In-
dustrie, weniger das Handwerk, bereit sei, den Jugendlichen
in ausreichendem Maße Urlaub zu gewähren. Der Schutz der
Jugend sei nicht nur eine Angelegenheit der Arbeitgeber-
und Arbeitnehmerorganisationen, sondern vielmehr des
Staates. Es sei sehr wohl möglich, daß die Jugendlichen einen
Teil der durch den verlängerten Urlaub verlorengehenden
Produktion wieder einholen könnten, wenn sie gestützt in die
Betriebe zurückkommen. Die Forderungen der Jugend-
verbände gehen dahin, Jugendlichen von 14—16 Jahren ein-
schließlich Beurlaubungen von 16—18 Jahren zwei
Wochen Urlaub zu garantieren. Der Wirtschaft würde da-
durch eine Belastung von höchstens 100 Millionen Mark jähr-
lich erwachsen.

Graf Westarp über das Ergebnis von Genf

Hamburg, 5. Oktober. In einer deutsch-nationalen Versamm-
lung hielt heute Graf Westarp eine Rede, in der er einleitend den
Reichspräsidenten v. Hindenburg als die Beförderung des aristokratischen
Führergedankens feierte. Graf Westarp beschäftigte sich dann mit der
letzten Völkerversammlung. Wenn die letzte Tagung für Deutschlands
besondere Interesse in keinerlei Hinsicht gebracht habe, so bedeute sie
weiterhin ein vollständiges Versagen des Völkerverbundes in der praktischen
Aufgabe der Förderung des allgemeinen Friedens. Das Ergebnis der
Genfer Verhandlungen, die deutsch-französisch-holländische Resolution ist
ein Kompromißprodukt, ein unklarer Gebilde. Die einzige Tat zur
Förderung des allgemeinen Friedens in Genf ging von Deutschland
aus und betraf die Schlichtungsgerichtsbarkeit. Die Unterzeichnung der
Haager Fakultativklausel durch Deutschland ist auch von unserem Stand-
punkt sachlich vielleicht ohne Bedenken, zweifelhaft kann man sein, ob
Deutschland den Trumpf dieser Erklärung nicht zu früh ausgespielt hat.
In der Abrüstungsfrage hat sich der deutsche Standpunkt infolgedessen durch-
gesetzt, daß gefordert wird, daß die vorbereitende Abrüstungskommission
die Vollenbung der technischen Arbeiten beschleunigen und die Abrüstungs-
kommission unabhängig von dem Verlauf der Verhandlungen über die
Sicherheitsfrage so schnell als möglich einberufen werden soll. Der
Redner sollte der wirksamen Vertretung des Standpunktes durch Graf
Bernstorff Anerkennung.

Ebenso habe der Außenminister in seiner Rede vom 24. Sep-
tember zwei Gesichtspunkte klar und nachdrücklich herausgestellt: Die
Abrüstungsverhandlungen dürfen nach der Resolution nicht von dem
Ergebnis von Sicherheitsverhandlungen abhängig gemacht werden, die
allgemeine Abrüstung aber bildet den Kern des Völkerverbundes, dessen
Wert nur danach beurteilt werden wird, wie er die Worte über die all-
gemeine Abrüstung in die Tat umsetzt. Er, Graf Westarp möchte hin-
fügen, daß sich Deutschland nicht mit bloßen Worten abheben lassen könne,
ohne zu ersten Folgerungen zu gelangen. In der Frage der Sicher-
heit habe der französisch-polnisch-holländische Standpunkt einen Sieg er-
ungen. Die Formulierung des Gesichtspunktes der Resolution öffne
für Frankreich und Polen eine Hintertür, die ihre Abrüstung doch wie-
der von dem Vorwande abhängig machen könnte, daß erst noch Garan-
tien und Sicherheiten geschaffen werden müßten und so würden weitere
Verhandlungen über die Abklärung neuer Sicherheitsverträge eingeleitet.
Solche Verhandlungen bedrohen Deutschland mit neuen Gefahren nega-
tiver und positiver Art. Sie können dazu führen, daß es seiner An-
sprüche um Räumung und Abrüstung beraubt und zu einem neuen
Sicherheitsvertrag auch über die Ozeanen gezwungen werde. Die
Vorgeschichte der Resolution gebe über diese Ziele Aufschluß und die
Resolution enthalte die Aufgabe diese Ziele weiter zu verfolgen und so
würden D'Alcorno und Genfer Protokolle Gegenstand der außenpoliti-
schen Verhandlungen der nächsten Monate bleiben. Bedroht ist allein